

LINK TO EUROPE

Europabüro der Metropolregion
FrankfurtRheinMain

Poststraße 16
60329 Frankfurt am Main
☎ +49 69 2577 1538
✉ europa@region-frankfurt.de
www.europabuero-frm.de

04.06.2020

INHALTSVERZEICHNIS



Aktuelles aus der EU	2
EU-Kommission: MFR und Aufbauprogramm „Nächste Generation EU“	2
EU-Kommission: Länderspezifische Empfehlungen veröffentlicht	3
Fördermittelauswertung: 1,3 Milliarden Euro für FrankfurtRheinMain	4
Kommunale Belange und regionale Entwicklung	4
Austausch: Deutsch-Französischer Bürgerfonds gestartet	4
ERASMUS+: Förderaufruf zu Jugendaustausch in Europa	5
Europa für Bürgerinnen und Bürger: Petition zum Nachfolgeprogramm	5
WiFi4EU: Fristen zur Installation von WiFi-Hotspots verlängert	6
Energie, Klima und Umwelt	7
Biodiversität: Kommission stellt neue EU-Strategie vor	7
Konsultation: EU-Strategie zur Anpassung an den Klimawandel	7
Konsultation: Überarbeitung der TEN-E Verordnung	8
Veranstaltung: Europäische Woche der nachhaltigen Energie	8
Wirtschaft, Forschung und Innovation	8
Horizont 2020: Förderaufrufe zur Corona-Bekämpfung	8
Horizont 2020 (II): Green Deal-Sonderaufruf angekündigt	9
Wettbewerb: Europäische Unternehmerregion 2021/2022	9
Folgen Sie uns auf Twitter	10

Aktuelles aus der EU

EU-Kommission: MFR und Aufbauprogramm „Nächste Generation EU“

Die Europäische Kommission hat am 27. Mai 2020 einen neuen Vorschlag zum [Mehrjährigen Finanzrahmen der EU 2021-2027](#) (MFR) und einen Vorschlag für ein Wiederaufbauprogramm „[Nächste Generation EU](#)“ vorgelegt.

Der MFR soll für die Jahre 2021-2027 einen Umfang von 1,1 Billionen Euro haben und damit einer Summe von 1,074 % des BIP der EU entsprechen. Der neue Vorschlag bleibt damit knapp unterhalb ihres ursprünglichen Vorschlags aus dem Jahr 2018 von 1.135 Mrd. Euro (vgl. [Europa Info 05/2018](#), S. 1). Dies entspricht einer Summe von 1,074 % des BIP der EU.

Ergänzend plant die Kommission mit dem Wiederaufbauprogramm „Nächste Generation EU“ insgesamt 750 Mrd. Euro an Anleihen aufzunehmen. Die Anleihen sollen eine Laufzeit von bis zu 30 Jahren haben und erst ab 2028 von allen Mitgliedstaaten getilgt werden. Finanziert werden die Rückzahlungen entweder aus Haushaltsbeiträgen der Mitgliedstaaten, Einsparungen im EU-Haushalt oder mit neuen europäischen Abgaben, z. B. aus dem Emissionshandel, einer Digitalsteuer oder einer Binnenmarktsteuer für große Unternehmen. Mit den Anleihen sollen 500 Mrd. Euro an Zuschüssen und 250 Mrd. Euro an Krediten an Staaten und Unternehmen vergeben werden. Ziel ist es, den negativen Folgen der COVID-19-Pandemie entgegenzutreten und mit Investitionen die Wirtschaft zu stimulieren.

Die Mitgliedstaaten werden aufgefordert, hierfür einen nationalen Wiederaufbau- und Reformplan zu erarbeiten und einzureichen. Ein Fokus der Gelder soll auf den Bereichen Klimaschutz, Digitalisierung und Verringerung der Krisenanfälligkeit der europäischen Wirtschaft liegen. Die Mitgliedstaaten sollen sich dabei an den von der Kommission erstellten länderspezifischen Empfehlungen orientieren (vgl. S. 3). Die nationalen Pläne müssen nach dem aktuellen Vorschlag von einer qualifizierten Mehrheit der Mitgliedstaaten genehmigt werden (d. h. mindestens 15 Mitgliedsstaaten, die mindestens 65 % der EU-Bevölkerung repräsentieren).

Die Auszahlungen könnten bereits ab dem 1. September 2020 beginnen. Dies soll aufgrund der gebotenen Eile zunächst durch höhere Haushaltsbeiträge der Mitgliedstaaten und ab Januar 2021 durch die Anleihen der Kommission geschehen. Die am stärksten von der Pandemie betroffenen Mitgliedstaaten erhalten im Verhältnis mehr Mittel. So sollen 81,8 Mrd. Euro der Zuschüsse an Italien und 77,3 Mrd. Euro an Spanien gehen. Frankreich kann von bis zu 38,8 Mrd. Euro, Polen von bis zu 37,7 Mrd. Euro und Deutschland von bis zu 28,8 Mrd. Euro profitieren.

Am 18. Juni 2020 treffen sich die Regierungschefs der Mitgliedstaaten, um über den Vorschlag zu beraten. Bei der Entscheidung gilt das Einstimmigkeitsprinzip. Noch liegen die Meinungen der Mitgliedstaaten zum Programm „Nächste Generation EU“ auseinander. So sehen insbesondere die Niederlande, Österreich, Dänemark und Schweden den Vorschlag in der jetzigen Form kritisch.

EU-Kommission: Länderspezifische Empfehlungen veröffentlicht

Die Europäische Kommission hat am 20. Mai 2020 die [länderspezifischen Empfehlungen für Deutschland](#) für die Jahre 2020 und 2021 veröffentlicht. Diese nehmen im aktuellen Jahr auch Bezug auf die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie und die diesbezüglich getroffenen Maßnahmen der Mitgliedstaaten.

Für Deutschland hat die Kommission festgestellt, dass einzelne Wirtschaftszweige und Regionen aufgrund unterschiedlicher Spezialisierungsmuster in ungleichem Maße von den sozioökonomischen Folgen der Pandemie betroffen sein werden. Dies birgt die Gefahr, dass sich die bereits bestehenden Unterschiede in Deutschland vergrößern könnten.

Die Europäische Kommission empfiehlt Deutschland 2020 und 2021 u. a. durchführungsreife öffentliche Investitionsprojekte vorzuziehen und private Investitionen zu unterstützen, um die wirtschaftliche Erholung zu fördern. Auf kommunaler Ebene, wo der Investitionsrückstand in Höhe von 4 % des BIP noch immer hoch sei, liegen die öffentlichen Investitionen unter der Ersatzquote und werden noch immer durch Kapazitäts- und Planungsengpässe gebremst.

Schwerpunktmäßig müsse in den ökologischen und digitalen Wandel investiert werden und dabei insbesondere in

- ★ nachhaltigen Verkehr,
- ★ saubere, effiziente und integrierte Energiesysteme,
- ★ digitale Infrastruktur und Kompetenzen,
- ★ Wohnbau,
- ★ Bildung sowie Forschung und Innovation.

Zudem sieht die Kommission Handlungsbedarf bei den digitalen Verwaltungsleistungen auf allen Ebenen.

Für das Wiederaufbauprogramm „Nächste Generation EU“ müssen die Mitgliedstaaten einen Wiederaufbau- und Reformplan einreichen, der sich an den länderspezifischen Empfehlungen orientieren soll (vgl. S. 2).

Hintergrund:

Jedes Jahr nimmt die EU-Kommission im Rahmen des Europäischen Semesters eine Analyse der nationalen Wirtschafts- und Strukturreformprogramme vor. Es soll den Nationalstaaten politische Leitlinien geben, noch bevor diese ihre Haushaltsentwürfe für das kommende Jahr erstellen.

Das europäische Semester beginnt, wenn die Kommission, meist gegen Jahresende, ihren [Jahreswachstumsbericht](#) annimmt. Darin sind die wachstums- und arbeitsmarktpolitischen Prioritäten der EU für das kommende Jahr dargelegt. Dieser Bericht ist dann die Basis für die Abstimmung der wirtschaftspolitischen Richtung in den EU-Staaten. Die auf dieser Grundlage zu entwickelnden Pläne zur Haushaltskonsolidierung in den einzelnen EU-Ländern werden in den länderspezifischen Empfehlungen analysiert.



Fördermittelauswertung: 1,3 Milliarden Euro für FrankfurtRheinMain

Anlässlich des Europatages am 9. Mai 2020 hat das Europabüro der Metropolregion FrankfurtRheinMain eine Auswertung aller Förderbescheide seit 2014 erstellt. Diese ergab, dass die Europäische Union insgesamt 1,3 Milliarden Euro für Projekte in der Metropolregion FrankfurtRheinMain zur Verfügung stellt.

Ein Schwerpunkt liegt dabei auf Forschungs- und Innovationsvorhaben, die mit ca. 365 Mio. Euro unterstützt werden. Für arbeitsmarktpolitische und sozialintegrative Projekte sowie Maßnahmen der Regionalentwicklung gab es Zusagen über 250 Mio. Euro (150 Mio. Euro aus dem Europäischen Sozialfonds und 100 Mio. Euro aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung). Auf die im EU-Haushalt traditionell starke Agrarhilfe und die Förderung des ländlichen Raumes entfallen sogar 650 Mio. Euro. Aber auch in den kleineren EU-Fördertöpfen für Umwelt- und Klimaschutz sowie für Verkehrsinfrastrukturen sind Vorhaben aus der Region im niedrigen zweistelligen Millionenbereich erfolgreich gewesen.

Davon profitieren Kommunen und öffentliche Einrichtungen, Universitäten und Forschungszentren, aber auch zahlreiche Unternehmen in den Teilen der Bundesländer Hessen, Rheinland-Pfalz und Bayern, die zur Metropolregion FrankfurtRheinMain gehören. Da die aktuelle Förderperiode noch bis zum Ende dieses Jahres weiterläuft, wird sich diese Summe mit großer Wahrscheinlichkeit weiter erhöhen.

Ab 2021 beginnt eine neue siebenjährige Finanzierungsperiode. Damit die neuen Förderprogramme rechtzeitig starten können, müssen sich die Mitgliedstaaten unter der deutschen Ratspräsidentschaft im 2. Halbjahr 2020 auf ein neues EU-Budget einigen (siehe auch S. 2 dieser Ausgabe). Das Europabüro der Metropolregion FrankfurtRheinMain setzt sich in seiner Interessenvertretung in Brüssel weiter für eine europäische Förderlandschaft ein, die den Bedürfnissen und Stärken der Region gerecht wird.

Kommunale Belange und regionale Entwicklung

Austausch: Deutsch-Französischer Bürgerfonds gestartet

Ein neuer [deutsch-französischer Bürgerfonds](#) unterstützt ab sofort zivilgesellschaftliche Austausch-, Begegnungs- und Vernetzungsprojekte zwischen Deutschland und Frankreich.

Die deutsch-französischen Vorhaben sollen in den verschiedensten Formen (Gruppenaustausch, digitale Plattform, kulturelle Veranstaltung, wissenschaftlicher Austausch etc.) zur europäischen Verständigung und der Förderung von Vielfalt und Demokratie beitragen, dürfen sich aber auch bspw. mit den Themen Nachhaltigkeit, Gesundheit oder Sport auseinandersetzen. Anders als im EU-Programm „Europa für die Bürgerinnen und Bürger“ ist jedoch keine Ausrichtung an jährlichen Schwerpunktthemen erforderlich. Bürgerinitiativen, Vereine, Städtepartnerschaften, Stiftungen oder Akteure aus Wissenschaft und Bildung können sich fortlaufend in vier Förderkategorien (von unter 5.000 bis über 50.000 Euro) bewerben. Gemäß der [Förderrichtlinie](#) sind bis zu 80 % der Projektkosten förderfähig (ausgenommen die höchste Förderkategorie, hier sind es maximal 70 %).



Die Bewertung erfolgt über elf Förderkriterien (u. a. Relevanz, Bürgernähe/Zugänglichkeit, Wirkungsgrad, Vernetzung, interkulturelles Lernen), in denen zusammen eine Mindestpunktzahl erreicht werden muss, die wiederum je nach Förderkategorie ansteigt. Die [Antragstellung](#) gelingt mit einer Projektbeschreibung und einem Finanzplan via [Online-Formular](#).

Der deutsch-französische Bürgerfonds ist eine zentrale Vereinbarung des 2019 unterzeichneten Vertrags von Aachen über die künftige deutsch-französische Zusammenarbeit. In einer Pilotphase bis 2023 stellen beide Staaten dafür insgesamt 2,4 Millionen Euro zur Verfügung. Es sollen zeitnah außerdem regionale Berater als Anlaufstellen eingerichtet werden. Die Umsetzung des Fonds erfolgt durch das Deutsch-Französische Jugendwerk.

Ein zweiminütiges [Erklärvideo](#) und der digitale [Informationsflyer](#) bieten einen guten Überblick über den Bürgerfonds.

ERASMUS+: Förderaufruf zu Jugendaustausch in Europa

Im Programm ERASMUS+ Jugend hat die EU-Kommission einen [Aufruf](#) zur Unterstützung des Jugendaustauschs veröffentlicht. Da die Corona-Krise junge Menschen und die Jugendarbeit in besonderem Maße betrifft, möchte die EU-Kommission dem Jugendbereich dabei helfen, jungen Menschen in der Krise eine Perspektive zu geben.

Gefördert werden sollen Netzwerke von mindestens fünf Jugendorganisationen aus mindestens fünf verschiedenen [Programmländern](#), die auf die [Europäischen Jugendziele](#) Nummer 3 „Inklusive Gesellschaften“, Nummer 4 „Information und Konstruktiver Dialog“ und Nummer 10 „Ein nachhaltiges, grünes Europa“ abzielen. Antragsberechtigt sind ausschließlich Jugendorganisationen. Für Kommunen und Kreise ist jedoch die Beteiligung als Partner an einem Netzwerk möglich.

Interessierte können sich bis **28. Juli 2020** bewerben. Die Förderhöhe beträgt zwischen 100.000 und 500.000 Euro, die Ko-Finanzierungsrate liegt bei 80 %. Die Projektdauer sollte zwischen 9 und 24 Monaten betragen. Bewerbungen können [online](#) eingereicht werden.

Weitere Informationen finden sich im englischsprachigen [Bewerbungsleitfaden](#) und auf der Seite der [nationalen Agentur](#) für ERASMUS+ „Jugend in Aktion“. Rückfragen können direkt an die [EU-Kommission](#) oder ebenfalls an die [nationale Agentur](#) gerichtet werden.

Europa für Bürgerinnen und Bürger: Petition zum Nachfolgeprogramm

Vor dem Hintergrund der derzeit laufenden Verhandlungen über den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) haben die 34 Kontaktstellen des Förderprogramms Europa für Bürgerinnen und Bürger (EfBB) eine [Petition](#) zur Ausgestaltung des Nachfolgeprogramms von EfBB und der nationalen Kontaktstellen in der kommenden Förderperiode (2021-2027) auf den Weg gebracht. Diese richtet sich an europäische und nationale Entscheidungsträger. In der Petition wird gefordert, dass der Bedeutung europäischer Partizipationsprogramme zur Unterstützung der aktiven Bürgerschaft sowie der Grundrechte und -freiheiten trotz der COVID-19-Krise in den laufenden EU-Haushaltsverhandlungen finanziell ausreichend Rechnung getragen wird.



Aus Sicht der Kontaktstellen dürfen angesichts der Corona-bedingten Wirtschaftskrise andere Verantwortlichkeiten nicht in Vergessenheit geraten. So habe die gegenwärtige Krise die Notwendigkeit einer aktiveren Bürgerschaft und einer verstärkten regionalen und globalen Zusammenarbeit gezeigt.

Zentraler Punkt der Petition ist es, Gesellschaften weltweit widerstandsfähiger gegen mögliche Krisen zu machen. Ermöglicht werden soll dies durch einen offenen Bürgerschaftsaustausch, beispielsweise durch europaweite Bürgerbegegnungen. Eine aktive Bürgerschaft könne dazu beitragen, die Gesellschaft widerstandsfähiger sowie über die Wahrnehmung von Grundfreiheiten wie den freien Meinungs austausch sicherer zu machen.

Die Corona-Krise biete die Gelegenheit, alte Praktiken neu zu bewerten und Maßnahmen zu ergreifen, um künftige Krisen wie den Klimawandel und die Verschärfung der Ungleichheiten einzudämmen und bestenfalls zu verhindern. In diesem Prozess sei es von großer Bedeutung, dass die Bürgerinnen und Bürger in die Gestaltung der gemeinsamen Zukunft einbezogen werden. Mit dem neuen Programm „Bürger, Gleichheit, Rechte und Werte“ soll allen Bürgern und insbesondere jungen Menschen ermöglicht werden, sich entsprechende Fähigkeiten und Werte anzueignen.

Bürgerbegegnungen und Städtepartnerschaften bilden das Fundament der Europäischen Gemeinschaft. Mit der Unterzeichnung der Petition und mit seiner Interessenvertretung setzt sich das Europabüro der Metropolregion FrankfurtRheinMain deshalb für eine angemessene finanzielle Ausstattung ein. Einem solidarischen Europa sollte insbesondere in Zeiten der europäischen Krise mehr Priorität eingeräumt werden.

Wie der kürzlich veröffentlichte [Jahresbericht 2019](#) zeigt, zählt Deutschland zu den erfolgreichsten Antragsteller im Programm EfBB. Auch in der Region FrankfurtRheinMain konnten bereits einige Förderprojekte erfolgreich umgesetzt werden.

WiFi4EU: Fristen zur Installation von WiFi-Hotspots verlängert

Aufgrund der COVID-19-Pandemie hat die Europäische Kommission entschieden, die Frist für die Installation von WiFi-Hotspots für die Gewinnerkommunen des 1.-3. Förderaufrufes um weitere acht Monate zu verlängern. So sollen die Kommunen, trotz möglicher Verzögerungen bei der Installation, die Inbetriebnahme der WiFi-Hotspots fristgerecht durchführen können.

Ursprünglich mussten Kommunen nach dem Förderzuschlag innerhalb von 18 Monaten Betrieb der Hotspots gewährleisten.

Weitere Informationen auf der Webseite [WiFi4EU](#).

Energie, Klima und Umwelt

Biodiversität: Kommission stellt neue EU-Strategie vor

Den Erhalt der Artenvielfalt und den Schutz bzw. die Wiederherstellung der Natur in Europa möchte die EU-Kommission mit einer am 20. Mai 2020 veröffentlichten [Biodiversitätsstrategie 2030](#) fördern. Das nicht-legislative Dokument mit dem Titel „Mehr Raum für Natur in unserem Leben“ ist Teil des Europäischen Green-Deals (vgl. [Europa Info 10/2019](#), S. 2) und führt 39 entsprechende [Maßnahmen und Initiativen](#) auf.

Kernanliegen der neuen Strategie ist die Erweiterung des Netzes an Naturschutzgebieten mit ökologischen Verbindungskorridoren (bis 2030 sollen mindestens 30 % der Land- und Meeresgebiete in der EU geschützt sein) und die Erstellung eines EU-Plans zur Wiederherstellung der Natur. Für letzteres plant die Kommission, 2021 rechtsverbindliche Ziele vorzulegen. Außerdem werden eine EU-Forststrategie für die Anpflanzung von drei Milliarden neuen Bäumen bis 2030, ein Null-Schadstoff Aktionsplan für Luft, Wasser und Boden sowie eine Revision der thematischen [Strategie für den Bodenschutz](#) der EU angekündigt.

Neben dem Ziel einer Umwandlung von 25.000 Flusskilometern in freifließende Gewässer ist die Aufforderung der Kommission an Städte über 20.000 Einwohner, bis Ende 2021 Pläne für die Begrünung der Städte auszuarbeiten, besonders kommunalrelevant. Um dies zu unterstützen wird die Kommission im kommenden Jahr eine EU-Plattform für die Begrünung der Städte einrichten und außerdem für die Verbindung städtischer Grünflächen sowie eine Vermeidung chemischer Pestizide bzw. intensiven Mähens werben.

Um die Umsetzung der Biodiversitätsstrategie sicherzustellen, soll außerdem ein „Europäischer Governance-Rahmen“ mit einem entsprechenden Überprüfungsmechanismus geschaffen werden. Neben der wirksamen Durchsetzung der EU-Umweltvorschriften wird es auch darum gehen, jährlich europaweit mindestens 20 Mrd. Euro zusätzlich an Investitionen in Naturschutz und Artenvielfalt zu ermöglichen sowie eine Bepreisung des ökologischen Fußabdrucks von Produkten und Organisationen zu erreichen. In der Diskussion um eine Beschleunigung von Genehmigungsverfahren in Deutschland könnte außerdem der angekündigte Vorschlag für eine Überarbeitung der [Århus-Kovention](#), mit dem die Kommission die Beteiligungsrechte von NGOs ausweiten möchte, relevant werden.

Gleichzeitig mit der Biodiversitätsstrategie hatte die EU-Kommission außerdem einen [Aktionsplan](#) und eine [Mitteilung](#) „Vom Hof auf den Tisch“ zur Förderung nachhaltiger Lebensmittelerzeugung und Versorgungssysteme angenommen. Beide Vorgänge sind inhaltlich eng miteinander verknüpft, u. a. über das Ziel bis 2030 mindestens 25% der landwirtschaftlichen Fläche der EU biologisch zu bewirtschaften.

Konsultation: EU-Strategie zur Anpassung an den Klimawandel

Zur Vorbereitung der im Green Deal angekündigten EU-Strategie über die Anpassung an den Klimawandel (vgl. [Europa Info 10/2019](#), S. 2) bittet die Europäische Kommission in einer [Konsultation](#) um Stellungnahmen. Bis zum **20. August 2020** können alle interessierten Akteure in einem Online-Fragebogen ihre Einschätzung zu den Auswirkungen des Klimawandels und den notwendigen Maßnahmen der EU abgeben. Eine Beantwortung auf Deutsch ist möglich.



Konsultation: Überarbeitung der TEN-E Verordnung

Die Verordnung „über die Leitlinien für die transeuropäischen Energieinfrastrukturen“ (TEN-E, [EU/347/2013](#)) soll im Kontext des EU-Green Deal ([Europa Info 10/2019](#), S. 2) überarbeitet werden. Hierzu führt die Europäische Kommission aktuell eine online-[Konsultation](#) durch.

Bis zum **13. Juli 2020** können die interessierte Öffentlichkeit und Einrichtungen auch auf Deutsch zum Mehrwert und den künftigen Zielen der TEN-E Stellung beziehen sowie eine Einschätzung zu den Schwerpunkten und der Kommunikation der „Projekte von gemeinsamen Interesse“ geben. Für Experten, v. a. aus dem Bereich der Regulierer, Netzbetreiber und Energieversorger, gibt es einen separaten englischsprachigen [Fachfragebogen](#).

Veranstaltung: Europäische Woche der nachhaltigen Energie

Die jährliche [Europäische Woche der nachhaltigen Energie](#) wird 2020 in Form einer Online-Konferenz stattfinden.

Unter dem Motto „Nach der Krise: saubere Energie für grünen Wiederausbau und Wachstum“ werden vom 23. bis zum 25. Juni 2020 zahlreiche Vorträge und Workshops die Gelegenheit bieten, mit Experten und Entscheidungsträgern aus ganz Europa die aktuellen Entwicklungen im Bereich der erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz zu diskutieren.

Die [Anmeldung](#) ist kostenfrei und erfolgt online. Dort findet sich auch das [Programm](#).

Wirtschaft, Forschung und Innovation

Horizont 2020: Förderaufrufe zur Corona-Bekämpfung

Am 19. Mai 2020 veröffentlichte die Europäische Kommission zum zweiten Mal [Sonderförderaufrufe](#) zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie in Europa unter dem Dach des EU-Forschungs- und Innovationsprogramms [Horizont 2020](#) (vgl. [Europa Info 04/2020](#), S. 7).

Europäischen Konsortien aus Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft sollen insgesamt 122 Mio. Euro für zeitnahe Innovationen und schnell praktikable Lösungen in den Bereichen Herstellung medizinischen Equipments, sozio-ökonomische- und Verhaltensfolgen oder europaweite COVID-19-Testkohorten zur Verfügung stehen. Der mit 56 Mio. Euro größte [Teilaufwurf](#) zielt auf die Nutzung neuer medizinischer Technologien, digitaler Werkzeuge und künstlicher Intelligenz ab. Üblicherweise liegt die Kofinanzierungsrate in Horizont 2020 bei 100 %. Bewerbungsschluss ist bereits der **11. Juni 2020**.

Weitere Informationen bieten die englischsprachigen Pressemeldungen der Kommission ([Allgemein, KI/Digitales-Aufruf](#)). Erläuterungen zum [Bewerbungsverfahren](#) und vertiefende Informationen zum Horizont 2020-Programm finden Sie auf der [Seite](#) der Nationalen Kontaktstelle im Bundesministerium für Bildung und Forschung.



Horizont 2020 (II): Green Deal-Sonderauftrag angekündigt

Die Europäische Kommission veröffentlichte kürzlich ihre Planungen zu einem [Sonderförderauftrag](#) für die Ziele des EU-Green Deals im europäischen Forschungs- und Innovationsprogramm „Horizont Europa“. Zum Abschluss der aktuellen Finanzierungsperiode sollen dabei folgende Schwerpunkte im Zentrum stehen:

- ★ [Klimaschutz: Sektorenübergreifende Herausforderungen](#) (u. a. klimaneutrale Städte und innovative Lösungen für klimaresiliente Regionen)
- ★ [Saubere, sichere und bezahlbare Energie](#)
- ★ [Kreislaufwirtschaft in der Industrie](#) (u. a. systemische Lösungen zur territorialen Einführung der Kreislaufwirtschaft)
- ★ [Energieeffizienz](#) beim Bauen und Renovieren
- ★ [Nachhaltige und saubere Mobilität](#) (u. a. „grüne Flughäfen“)
- ★ [Nachhaltige Ernährungssysteme](#)
- ★ [Wiederherstellung der Biodiversität](#)
- ★ [Nullverschmutzung](#)
- ★ [Stärkung der Wissensbasis](#)
- ★ [Aktivierung und Beteiligung der Bürger und Konsumenten](#)
- ★ [Energiewende in Partnerschaft mit Afrika](#)

Die jeweiligen Förderaufträge werden im September 2020 veröffentlicht. Der Bewerbungsschluss ist für Ende Januar 2021 anvisiert. Auf die übliche 100 %-Finanzierung können sich ausschließlich transnationale Konsortien mit Partnern aus mindestens drei verschiedenen EU-Staaten bewerben (vgl. S. 8).

Wettbewerb: Europäische Unternehmerregion 2021/2022

Der Europäische Ausschuss der Regionen hat für 2021/2022 zusammen mit der EU-Kommission erneut einen Wettbewerb zur „[Europäischen Unternehmerregion](#)“ ausgeschrieben, der sich an Regionen und Städte mit einer besonderen Strategie der innovativen Wirtschaftsförderung richtet.

Unter der Überschrift „nachhaltige Erholung“ liegt dieses Mal ein besonderes Augenmerk auf der Bewältigung der Coronakrise. Bewerbungsschluss ist der **28. Oktober 2020**. Weitere Informationen finden sich im englischsprachigen [Auftrag](#) und der [Anleitung zur Bewerbung](#).

Folgen Sie uns auf Twitter

Wir sind auf Twitter aktiv, um Sie noch schneller zu informieren und mit Themen, Akteuren, Förderaufrufen oder Preisausschreibungen aus Brüssel zu vernetzen. Twitter ist der größte Kurznachrichtendienst weltweit. Bleiben Sie ganz unkompliziert in Kontakt mit dem Europabüro der Metropolregion FrankfurtRheinMain, indem Sie nach [@RegionFrankfurt](#) suchen und auf „Folgen“ klicken. Der Twitter-Newsfeed ist nun auch auf unserer [Homepage](#) eingebettet.



Profil bearbeiten

FrankfurtRheinMain

@RegionFrankfurt

European Office of the Metropolitan Region FrankfurtRheinMain (Brussels) linking one of Europe's most dynamic + innovative regions with EU institutions/policies

📍 Brüssel, Belgien 🌐 europabuero-frm.de 📅 Seit Oktober 2011 bei Twitter

381 Folge ich 605 Follower

🔄 Du hast retweetet



European Committee of the Regions @EU_CoR · 27. Mai

Europe needs strong [#cohesionpolicy](#) within the [#MFF](#) and the EU recovery plan. 🗳️ Read the [#CohesionAlliance](#) draft declaration & share your thoughts and ideas by 30 May.

[#EUBudget](#)

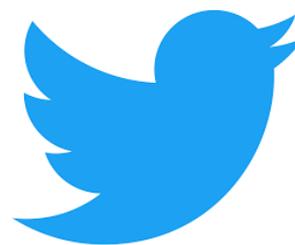


🗨️ 5 🍀 7 📤



FrankfurtRheinMain @RegionFrankfurt · 20. Mai

Alles Wichtige, dass man zur letzten [#WiFi4EU](#)-Antragsrunde für offene WLAN-Hotspots am 3. Juni 2020 ab 13 Uhr wissen muss, haben wir in einem [#Faktenblatt](#) zusammengefasst: europabuero-frm.de/media/custom/2... [#Digitalisierung](#) [#FrankfurtRheinMain](#)



[@RegionFrankfurt](#)